

Berlin, 30.06.2020

## Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion

# Deutsche Ratspräsidentschaft 2020 Gemeinsam für ein starkes, soziales und souveränes Europa

I. Am 1. Juli 2020 übernimmt Deutschland die Präsidentschaft der Europäischen Union in für sie und ihre Bürgerinnen und Bürger existentiell herausfordernden Zeiten. Die fortbestehende gesundheitliche Bedrohung durch das Corona-Virus sowie die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie erfordern eine umfassende und gemeinsame europäische Antwort. Die Stärkung Europas und seiner Souveränität muss Ziel der deutschen Ratspräsidentschaft sein. Dabei müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten in gelebter europäischer Solidarität die Maßnahmen zur Bewältigung der Krise und ihrer Folgen gerecht und nachhaltig gestalten und Gefahren einer Spaltung der EU entgegenwirken.

Es gilt, zum Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger das Corona-Virus dauerhaft einzudämmen, in die europäische Wirtschaft nachhaltig zu investieren, den sozialen Zusammenhalt zu stärken und das europäische Innovationspotential auszuschöpfen. Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt, dass die Bundesregierung in ihrer besonderen Verantwortung als Ratspräsidentschaft dieser Aufgabe hohe Priorität einräumen und sie gemeinsam mit Partnern zukunftsorientiert angehen möchte.

Grundlage der Krisenbewältigung muss eine nachhaltige und inklusive Wachstumsstrategie sein, die wirtschaftliche Ertüchtigung und den Erhalt von Arbeitsplätzen ebenso zum Ziel hat wie den sozialen Zusammenhalt Europas. Der rasche Abschluss der Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen mit einem eingebetteten Wiederaufbaufonds ist dafür eine wesentliche Voraussetzung. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die deutsch-französische Initiative zur wirtschaftlichen Erholung Europas nach der Coronakrise vom 18. Mai 2020 und die darauf aufbauenden Vorschläge der EU-Kommission zum Mehrjährigen Finanzrahmen und zum Wiederaufbauinstrument Next Generation EU. Der Übergang zu einer nachhaltigen und inklusiven Wirtschaft muss auf Basis des Europäischen Grünen Deals erfolgen. Die ökologische und digitale Transformation – einschließlich der Stärkung technologischer Souveränität der EU – sollte dabei eine zentrale Rolle spielen. Voraussetzung für eine eigenständigere, krisenresilientere EU ist ein Ausbau der europäischen Souveränität etwa in Bezug auf die Versorgung mit Arzneimitteln und Medizinprodukten, aber beispielsweise auch in den Bereichen Digitalisierung und Zukunftstechnologien.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt, soziale Sicherheit und Solidarität sind zentrale Grundpfeiler eines gerechten Europas. Die COVID-19-Pandemie hat zu drastischen Einschnitten geführt und Ungleichheiten in und zwischen den Mitgliedstaaten verschärft. Frauen sind europaweit vom Einbruch der Wirtschaft infolge der COVID-19-Pandemie besonders schwer betroffen. Auch Familien waren besonders belastet. Die Bewältigung der sozialen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Krise muss deshalb in den Mittelpunkt gestellt werden. Dabei sollte auch das Thema Steuergerechtigkeit in den Blick genommen werden, um eine faire Lastenverteilung zu garantieren. Europa muss den ökologischen, digitalen und demographischen Wandel für Alt und Jung sozialverträglich und gerecht gestalten, die Gleichstellung von Frauen und Männern voranbringen sowie eine aktive Zivilgesellschaft fördern. Insofern befürworten wir die neue Strategie der Kommission für die Gleichstellung der Geschlechter (2020–2025), in der unter anderem Fragen der Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt und von geschlechtsspezifischer Gewalt behandelt werden. Zudem spielen bildungspolitische Maßnahmen wie der Austausch über Erasmus+ und die europäische Kooperation von Bildungseinrichtungen von der Schule über die berufliche Bildung, die Hochschulen bis zur Weiterbildung eine wichtige Rolle. Die Stärkung der sozialen Dimension und des sozialen Zusammenhalts in der EU insgesamt muss gerade auch vor dem Hintergrund der Folgen der Corona-Pandemie ein zentrales Anliegen der Ratspräsidentschaft sein.

Der einheitliche Wirtschaftsraum der Europäischen Union ohne Binnengrenzen bildet gemeinsam mit der Währungsunion die Basis für unseren Wohlstand, für soziale Sicherheit und Zusammenhalt. Die Weiterentwicklung des Binnenmarktes und der Wettbewerbsbedingungen für die europäische Industrie und kleine

und mittlere Unternehmen sowie das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher in den Binnenmarkt ist eine wichtige Voraussetzung für den Wiederaufschwung der europäischen Wirtschaft nach der Corona-Pandemie.

Europas Unternehmen, seine Bürgerinnen und Bürger sowie seine Wirtschaft können nur im Rahmen einer stabilen Währungsunion ihr volles wirtschaftliches Potential erreichen. Dabei bleibt die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank ein unverzichtbarer Pfeiler der wirtschaftspolitischen Architektur der Eurozone. Die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion in all ihren Dimensionen, inklusive der Banken- und Kapitalmarktunion, ist prioritär weiterzuerfolgen.

Europa muss die Folgen der COVID-19-Pandemie dauerhaft und inklusiv bewältigen, um den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft zu gestalten. Eine ambitionierte Klima-, Umwelt- und Biodiversitätsschutzpolitik und die Ausrichtung an der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung sind dabei zentral. Eine ambitionierte Klima- und Umweltschutzpolitik muss als wichtiges Thema der Ratspräsidentschaft vorangetrieben werden. Dafür unverzichtbar sind zusätzliche Investitionen in Forschung und Innovation. Die Fortsetzung des Programms Horizon 2020 soll dabei in seiner Ausrichtung einen Beitrag leisten, um nachhaltiges und inklusives Wachstum zu befördern. Mit Blick auf die ehrgeizigen Klimaziele der Europäischen Union muss der Verkehrsbereich einen entscheidenden Beitrag leisten, insbesondere durch den stärkeren Einsatz alternativer Kraftstoffe und umweltfreundlicher Verkehrsträger.

Der Schutz der gemeinsamen europäischen Werte und der individuellen Rechte und Freiheiten ist eines der Kernmerkmale der Europäischen Union. Rechtsstaatlichkeit ist die Grundvoraussetzung für den Schutz der anderen Werte und unerlässlich für das Funktionieren der EU. Dazu gehören die Demokratisierung des Internets und eine Stärkung der Resilienz von Gesellschaften im Umgang mit Inhalten im Netz, um so der Polarisierung gesellschaftlicher und politischer Debatten – auch durch externe Akteure und gezielte Desinformation – entgegenzuwirken. Die Stärkung der europäischen Rechts- und Wertegemeinschaft ist deshalb zurecht ein weiterer wichtiger Schwerpunkt für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Hierzu gehört auch die Bekämpfung strafbarer Online-Hassrede. Um diese effektiv zu bekämpfen, setzen wir uns für europäische Regelungen ein.

Migration und der Umgang mit Flüchtlingen sind Fragen, für die die Europäische Union nur gemeinsam nachhaltig Lösungen finden kann. Europäische Werte sowie rechtsstaatliche und humanitäre Standards müssen dabei die Richtschnur bilden. Eine ambitionierte Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, die den Grundsätzen von Verantwortung und Solidarität gerecht wird und die Genfer Flüchtlingskonvention achtet, ist notwendig. Ein umfassender Ansatz sollte dabei die Zusammenarbeit mit Herkunfts-, Aufnahme- und Transitstaaten auch zur Bekämpfung der Ursachen von Flucht und Vertreibung intensivieren, Schleusungskriminalität bekämpfen sowie verbesserte Möglichkeiten legaler Migration vorsehen. Daneben sind erreichbare und sichere Orte auch entlang der Fluchtrouten und in den Flüchtlingsunterkünften ebenso zu gewährleisten wie auch eine gemeinsame europäische Seenotrettung auf dem Mittelmeer.

Krisenresiliente Rechts- und Justizsysteme bieten Unternehmen wie auch Bürgerinnen und Bürgern einen verlässlichen Rahmen und stellen den Zugang zum Recht auch in Krisenzeiten sicher. Sie sind Voraussetzung dafür, dass sich diese in Europa frei und sicher fühlen und in Wohlstand leben können. Der Einsatz digitaler Technologien und künstlicher Intelligenz im grenzüberschreitenden Rechtsverkehr und in der Justiz sind daher ein weiteres wichtiges Anliegen der deutschen Ratspräsidentschaft.

In einer Welt zunehmender Polarisierung muss europäische Politik die Handlungsfähigkeit nach außen stärken, um europäische Interessen zu vertreten und eine regel- und menschenrechtsbasierte internationale Ordnung zu verteidigen. Hierzu gehört auch die Einführung einer verbindlichen rechtlichen Regelung der Unternehmensverantwortung entlang globaler Lieferketten, um menschenrechtliche, soziale sowie ökologische Standards und Transparenz durchsetzt. Auch im Bereich des Außenhandelns der EU wird die Bewältigung der COVID-19-Pandemie und die erfolgreiche Überwindung ihrer Folgen eine zentrale Herausforderung sein. Nicht zuletzt wegen dieser Krise ist die Erreichung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) – wie die weltweite Überwindung von Hunger und extremer Armut (Ziele 1 und 2) – stark gefährdet. Die Ratspräsidentschaft muss daher einen neuen Impuls zur Umsetzung und Erfüllung der SDGs bis 2030 setzen. Die Zusammenarbeit mit den USA, eine geschlossene und ausgewogene EU-China-Politik und die Vertiefung der Partnerschaft mit Afrika sind weitere wichtige Themen. Eine ehrgeizige, umfassende Partnerschaft zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, die der Tiefe und Breite der Beziehungen gerecht wird, ist

im Interesse Europas. Dabei muss eine künftige Partnerschaft auf einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Rechten und Pflichten sowie fairen Wettbewerbsbedingungen beruhen. Schließlich gilt es, die Effektivität und Effizienz der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) voranzutreiben. Die Stärkung von Europas Rolle in der Welt wie auch die Stärkung des offenen, regelbasierten, fairen und nachhaltigen internationalen Handelssystems kommt während der Ratspräsidentschaft eine wichtige Bedeutung zu.

Eine besondere Verantwortung hat die EU für die Länder in ihrer Nachbarschaft, einschließlich des Westlichen Balkans sowie unserer südlichen und östlichen Nachbarschaft und unseres Nachbarkontinents Afrika. Die Westbalkan-Staaten weiter an die Europäische Union heranzuführen liegt im beiderseitigen Interesse. Wir begrüßen den Beschluss zur Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien und erwarten einen erfolgreichen Fortgang des Erweiterungsprozesses.

Krisen waren in der EU von jeher auch eine Chance, sich noch besser für die Zukunft zu rüsten. Europa muss seinen Blick über die unmittelbare Bewältigung der aktuellen Situation hinaus richten. Die von der Europäischen Kommission angestoßene Konferenz zur Zukunft Europas bietet dabei ein Forum, um über die längerfristigen Ziele der Europäischen Union sowie die Lehren aus der COVID-19-Pandemie einen breiten Diskurs zu führen. Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag wird sich in den Prozess der Konferenz zur Zukunft der EU aktiv einbringen und erwartet eine Einbeziehung aller beteiligten Parlamente auf Augenhöhe. Wir setzen uns für ambitionierte Ergebnisse und eine institutionelle Weiterentwicklung ein, was auch mögliche Vertragsänderungen umfasst.

Die Erwartungshaltung unserer Partner in der EU gegenüber Deutschland ist außerordentlich hoch. Deutschland kann diesen Erwartungen nur dann gerecht werden, wenn alle Partner in der EU sich in ihrem wohlverstandenen Interesse für den Erfolg der deutschen Ratspräsidentschaft einsetzen. Nur gemeinsam werden die Mitgliedstaaten die Handlungsfähigkeit und damit die Zukunftsfähigkeit der EU sichern können.

Eine nachhaltige Bewältigung der großen Herausforderungen kann nur durch eine langfristige Strategie und eine enge Verzahnung der Ratspräsidentschaften gelingen. Dabei kommt der 18-monatigen Zusammenarbeit der drei Mitgliedstaaten in der EU, deren Präsidentschaften aufeinander folgen (Deutschland, Portugal und Slowenien als sog. „Trio“) eine besondere Rolle zu. Dies gilt ebenso für die Kooperation mit Frankreich, das im 1. Halbjahr 2022 die EU-Ratspräsidentschaft inne hat.

Eine Ratspräsidentschaft hat auch eine immer wichtiger werdende parlamentarische Dimension. Als Bundestagsfraktion sorgen wir mit dafür, dass das deutsche Parlament mit seinem Arbeitsprogramm die deutsche EU-Ratspräsidentschaft aktiv und gestaltend begleitet. Enge Kontakte zum Europäischen Parlament, insbesondere mit der S&D-Fraktion und ihrer deutschen Gruppe, und mit anderen nationalen Parlamenten in der EU sowie zu unseren sozialdemokratischen Schwesterparteien in Europa werden ihren Beitrag zum Erfolg der deutschen EU-Ratspräsidentschaft leisten.

II. Gemeinsam mit den sozialdemokratisch geführten Ressorts wollen wir uns daher während der Ratspräsidentschaft dafür einsetzen, dass die Bundesregierung

- sich eng mit Portugal und Slowenien im Rahmen der Umsetzung des 18-Monatsprogramms („Trio“) abstimmt und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten größerer Kontinuität der Ratspräsidentschaften gerade zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie voll ausschöpft,
- sich für einen raschen Abschluss der Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen für die Jahre 2021-2027 einsetzt und diesen an den aktuellen Herausforderungen der Corona-Pandemie sowie an den langfristigen strategischen EU-Zielen ausrichtet,
- für die rasche Einrichtung eines starken und solidarischen Wiederaufbaufonds eintritt, der in den Mehrjährigen Finanzrahmen eingebettet ist und zielgerichtete Investitionszuschüsse für die besonders von der Krise betroffenen Staaten mobilisiert,
- sich dafür einsetzt, dass die Refinanzierung des Wiederaufbaufonds insbesondere auch über neue Eigenmittel der EU erfolgt,

- sich dafür einsetzt, dass ein effektives Verfahren eingeführt wird, damit bei Mitgliedstaaten EU-Mittel in substanziellem Maße einbehalten werden können, bei denen die eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Rechtsstaatlichkeit vorliegt,
- die Reform der Wirtschafts- und Währungsunion weiter vorantreibt, etwa durch den Aufbau einer Fiskalkapazität für die Eurozone, die Fortentwicklung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) sowie durch weitere Schritte zur Vollendung der Banken-Union,
- auf eine nachhaltige und inklusive Wachstumsstrategie hinwirkt, bei der der Europäische Grüne Deal und die digitale Transformation eine zentrale Rolle spielen,
- sich für den Übergang zu einer nachhaltigen, innovativen und bezahlbaren Mobilität ebenso einsetzt wie für die Förderung alternative Kraftstoffe und umweltfreundlicher Verkehrsträger, damit der Verkehrsbereich seinen Beitrag zur Verkehrswende mit Blick auf die ehrgeizigen Klimaziele der Europäischen Union leistet,
- Wettbewerbsfähigkeit und Wiederaufschwung der EU durch eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung des Binnenmarktes stärkt, die Rahmenbedingungen für die europäische Industrie sowie kleine und mittlere Unternehmen verbessert und die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher an digitale und ökologische Herausforderungen anpasst,
- in Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte die Arbeiten an einem EU-Rechtsrahmen für nationale Mindestlöhne, einem europäischen Rahmen für Mindestsicherungsleistungen und einer europäischen Arbeitslosenrückversicherung vorbringt,
- den Schutz von Saisonarbeitskräften und vergleichbaren mobilen Beschäftigten durch die verbesserte Durchsetzung der Arbeitsbedingungen stärkt,
- für die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Verkehrssektors eintritt, indem transeuropäische Netze gestärkt und einheitliche europäische Standards bei den Arbeitsbedingungen entlang der gesamten Logistikkette verfolgt werden,
- sich gegenüber der Kommission dafür einsetzt, dass diese ausgehend von ihrer Mitteilung „Tourismus und Verkehr im Jahr 2020 und darüber hinaus“ eine europäische nachhaltige Tourismusstrategie entwickelt, auch um Krisen, wie eine Pandemie, in diesem Sektor zukünftig besser bewältigen zu können,
- die Gleichstellung von Frauen und Männern, einschließlich des Gebots des gleichen Entgelts für gleiche und gleichwertige Arbeit, der Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt und der Stärkung von Frauen in Führungspositionen und eines geschlechtergerechten Managements öffentlicher Finanzen (Gender Budgeting) vorantreibt,
- den Ausbau von Erasmus+ unterstützt und eine vertiefte europäische Kooperation der Bildungseinrichtungen von der Schule über die berufliche Bildung bis zu den Hochschulen und der Weiterbildung fördert,
- die Ziele der EU-Jugendstrategie umsetzt und weiterentwickelt sowie die von der EU Kommission geplante EU-Kinderrechtsstrategie und die Kindergarantie unterstützt,
- für einen EU-Aktionsplan hin zu einer rechtlich verbindlichen Regelung der Unternehmensverantwortung in globalen Lieferketten eintritt, damit menschenrechtliche, soziale (z.B. ILO-Kernarbeitsnormen) und ökologische Standards eingehalten werden,
- sich für eine gerechte und transparente Verteilung der Steuerlast einsetzt einschließlich der Einführung einer effektiven globalen Mindestbesteuerung aufbauend auf den Vorschlägen der OECD, wobei insbesondere auch eine gerechte Besteuerung der Digitalkonzerne erreicht werden muss,
- sich für ein konsequentes Vorgehen gegen Gewinnverlagerung und Gewinnkürzung international tätiger Konzerne stark macht,
- sich für einen Durchbruch bei den Beratungen über eine gemeinsame europäische Bemessungsgrundlage bei der Körperschaftsteuer einsetzt,
- die Beratung zum Entwurf eines europäischen Klimagesetzes voranbringt, das die Klimaneutralität der EU bis 2050 sowie ein erhöhtes Klimaziel für das Jahr 2030 von 50-55% - je nach Ergebnis der Folgenabschätzung der Kommission - festschreibt, ,

- sich für die neue EU-Biodiversitätsstrategie als ein Kernelement des Grünen Deals einsetzt,
- sich für eine EU-Agrarreform stark macht, die auf dem Prinzip „vom Hof auf den Tisch“ beruht,
- sich für ein europaweit verbindliches Tierwohllabel, für eine Verringerung von Tiertransporten und für deren bessere Kontrolle sowie für eine strengere Sanktionierung von Verstößen einsetzt,
- die Verstärkung des Forschungsrahmenprogramms der Europäischen Union so mitgestaltet, dass inklusives und nachhaltiges Wachstum befördert werden,
- die Diskussion um digitale und technologische Souveränität der EU vorantreibt, etwa in Bezug auf eine europäische Dateninfrastruktur, Datenpolitik und den Binnenmarkt im digitalen Bereich,
- sich für eine Koordinierung der mitgliedstaatlichen Anstrengungen zur größeren Unabhängigkeit bei der Herstellung von Arzneimitteln und Medizinprodukten, zur Entwicklung und Bereitstellung von Impfstoffen sowie zur Bevorratung medizinischer Schutzausrüstung stark macht, um die Kongruenz von Maßnahmen auf nationaler und EU-Ebene sicherzustellen,
- sich für eine faire, globale Verteilung von Impfstoffen, Diagnostika und Medikamenten bzw. den gleichrangigen Zugang einsetzt sowie für die finanzielle und organisatorische Stärkung der WHO, um zukünftige gesundheitliche Herausforderungen besser zu bewältigen und weltweit Gesundheitssysteme zu stärken,
- sich für eine Erneuerung der Europäischen Migrations- und Asylpolitik und die Schaffung eines fairen, funktionsfähigen, effizienten und krisenfesten Systems einsetzt,
- umfassend für die Stärkung der Grundwerte und insbesondere einen gemeinsamen, konstruktiven und kooperativen Umgang mit dem Thema Rechtsstaatlichkeit eintritt, etwa mit Hilfe der Durchführung eines gleichberechtigten politischen Rechtsstaatsdialogs im Rat auf Grundlage des ersten jährlichen Berichts der Kommission über die Lage der Rechtsstaatlichkeit in den EU-Mitgliedstaaten,
- darauf hinwirkt, dass die Europäische Union der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) des Europarates beitrifft und damit die entsprechende Verpflichtung aus dem Vertrag von Lissabon verwirklicht wird, um den Grundrechtsschutz im Mehrebenensystem zusätzlich abzusichern,
- sich für eine Demokratisierung des Internets und eine Stärkung der Resilienz von Gesellschaften im Umgang mit Inhalten im Netz einsetzt und zugleich das Entstehen einer gemeinsamen europäischen Öffentlichkeit durch mehr (digitale) Bürgerdialoge, Begegnungen, Vermittlung und kulturellen Austausch fördert,
- den Austausch und die Zusammenarbeit gegen Antisemitismus auf EU Ebene stärkt,
- Europas Rolle in der Welt stärkt, u.a. durch einen breiten Politischen Dialog mit den USA, den Ausbau des Austauschs mit China und die Vertiefung der Zusammenarbeit mit Afrika,
- einen Impuls setzt für die weltweite Erfüllung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung bis 2030 und dabei insbesondere für die stärkere Unterstützung der ärmsten Länder eintritt,
- einen aktiven Beitrag dafür leistet, dass die Verhandlungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich über eine ehrgeizige, umfassende Partnerschaft, die gleichzeitig den Zusammenhalt der Europäischen Union und die Integrität ihres Binnenmarktes wahrt, zu einem erfolgreichen Abschluss kommen,
- die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik u.a. durch Konkretisierung von sicherheitspolitischen Zielen im Rahmen eines „Strategischen Kompasses“ und Stärkung des zivilen Krisenmanagements weiterentwickelt, die bereits eingeleiteten Initiativen PESCO und Europäischer Verteidigungsfonds vertieft und eine weitere Europäisierung vorantreibt,
- den Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien vorbereitet und auf eine Beitrittskonferenz mit beiden Ländern hinwirkt,
- eine Modernisierungsagenda für die Welthandelsorganisation sowie ambitionierte bilaterale, regionale und plurilaterale Abkommen mit voranbringt, die verbindliche soziale (u.a. ILO-Kernarbeitsnormen), menschenrechtliche und ökologische Standards mit konkreten Beschwerde-, Überprüfungs- und Sanktionsmechanismen enthalten,

- die Vorbereitungen für eine Konferenz zur Zukunft Europas weiter vorantreibt, die – abhängig vom weiteren Pandemieverlauf – zum geeigneten Zeitpunkt als Forum zur Diskussion längerfristiger Ziele der EU und ihrer institutionellen Weiterentwicklung einschließlich der Vorbereitung möglicher Vertragsveränderungen dienen soll.